

# **BVGer D-6997/2023 vom 15. November 2023**

Bundesverwaltungsgericht, 2023-11-15, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bvger\\_D-6997\\_2023\\_d20231115](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bvger_D-6997_2023_d20231115)

FR: TAF D-6997/2023 du 15 novembre 2023

IT: TAF D-6997/2023 del 15 novembre 2023

## **Regeste**

Datenschutz | Datenschutz; Verfügung des SEM vom 15. November 2023

## **Erwägungen**

### **E. 1.1**

Beim angefochtenen Entscheid handelt es sich um eine Verfügung im Sinne von Art. 5 VwVG, welche von einer Vorinstanz im Sinne von Art. 33 Bst. d VGG erlassen wurde. Da keine Ausnahme im Sinne von Art. 32 VGG vorliegt, ist das Bundesverwaltungsgericht zur Beurteilung der Beschwerde zuständig (Art. 31 VGG).

D-6997/2023 Seite 5

### **E. 1.2**

Das Verfahren richtet sich nach dem VwVG, soweit das VGG nichts anderes bestimmt (Art. 37 VGG).

### **E. 1.3**

Die Beschwerdeführerin ist als Verfügungsadressatin zur Beschwerde legitimiert (Art. 48 Abs. 1 VwVG). Auf die frist- und formgerecht eingereichte Beschwerde (Art. 50 Abs. 1 und Art. 52 Abs. 1 VwVG) ist einzutreten.

### **E. 2**

Das Bundesverwaltungsgericht entscheidet hinsichtlich der gerügten ZEMIS-Berichtigung mit uneingeschränkter Kognition. Es überprüft die angefochtene Verfügung somit auf die Verletzung von Bundesrecht, die unrichtige und unvollständige Feststellung des rechtserheblichen Sachverhalts sowie auf die Unangemessenheit hin (Art. 49 VwVG).

### **E. 3.1**

Das SEM führt zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben das ZEMIS, welches der Bearbeitung von Personendaten aus dem Ausländer- und Asylbereich dient (Art. 1 Abs. 1 i.V.m. Art. 2 des Bundesgesetzes über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich vom 20. Juni 2003 [BGIAA, SR 142.51]) und in der Verordnung über das Zentrale Migrationsinformationssystem vom 12. April 2006 (ZEMIS-Verordnung, SR 142.513) näher geregelt ist. Nach Art. 19 Abs. 1 ZEMIS-Verordnung richten sich die Rechte der Betroffenen, insbesondere deren Auskunfts-, Berichtigungs- und Löschungsrecht sowie das Recht auf Informationen über die Beschaffung besonders schützenswerter Personendaten, nach dem DSG und dem VwVG.

### **E. 3.2**

Wer Personendaten bearbeitet, hat sich über deren Richtigkeit zu ver- gewissern (Art. 6 Abs. 5 DSGVO). Werden Personendaten von Bundesorga- nen bearbeitet, kann jede betroffene Person insbesondere verlangen, dass unrichtige Personendaten berichtigt werden (Art. 41 Abs. 2 Bst. a i.V.m. Art. 32 Abs. 1 DSGVO). Auf die Berichtigung besteht in einem solchen Fall ein absoluter und uneingeschränkter Anspruch (vgl. BVerGE 2018 VI/3 E. 3.2). Die ZEMIS-Verordnung sieht zudem in Art. 19 Abs. 3 ausdrücklich vor, dass unrichtige Daten von Amtes wegen zu berichtigen sind.

### **E. 3.3**

Grundsätzlich hat die das Berichtigungsbegehren stellende Person die Richtigkeit der von ihr verlangten Änderung, die Bundesbehörde im Be- streitungsfall dagegen die Richtigkeit der von ihr bearbeiteten Personen- daten zu beweisen (vgl. Urteil des BVerGE 1C\_11/2013 vom 21. Oktober

D-6997/2023 Seite 6 2013 E. 4.2; BVerGE 2018 VI/3 E. 3.3). Nach den massgeblichen Beweisre- geln des VwVG gilt eine Tatsache als bewiesen, wenn sie in Würdigung sämtlicher Erkenntnisse so wahrscheinlich ist, dass keine vernünftigen Zweifel bleiben; unumstössliche Gewissheit ist dagegen nicht erforderlich. Die mit dem Berichtigungsbegehren konfrontierte Behörde hat zwar nach dem Untersuchungsgrundsatz den Sachverhalt grundsätzlich von Amtes wegen abzuklären (Art. 12 VwVG); die gesuchstellende Person ist jedoch gemäss Art. 13 Abs. 1 Bst. a VwVG verpflichtet, an dessen Feststellung mitzuwirken (vgl. zum Ganzen BVerGE 2018 VI/3 E. 3.3).

### **E. 3.4**

Kann bei einer verlangten oder von Amtes wegen beabsichtigten Be- richtigung weder die Richtigkeit der bisherigen noch diejenige der neuen Personendaten bewiesen werden, ist die Bearbeitung der Daten unter be- stimmten Umständen einzuschränken (vgl. Art. 41 Abs. 3 DSGVO). Dabei sieht Art. 41 Abs. 4 DSGVO die Anbringung eines Bestreitungsvermerks vor. Spricht mehr für die Richtigkeit der neuen Daten, sind die bisherigen An- gaben zunächst zu berichtigen und die neuen Daten anschliessend mit ei- nem entsprechenden Vermerk zu versehen. Verhält es sich umgekehrt, er- scheint also die Richtigkeit der bisher eingetragenen Daten als wahrschein- licher oder zumindest nicht als unwahrscheinlicher, sind diese zu belassen und mit einem Bestreitungsvermerk zu versehen. Über dessen Anbringung ist jeweils von Amtes wegen und unabhängig davon zu entscheiden, ob ein entsprechender Antrag gestellt worden ist (vgl. zum Ganzen BVerGE 2018 VI/3 E. 3.4 m.H.).

### **E. 3.5**

Vorliegend obliegt es demnach grundsätzlich dem SEM zu beweisen, dass das im ZEMIS unter der Rubrik der Hauptidentität eingetragene Ge- burtsdatum der Beschwerdeführerin ([...]) korrekt respektive zumindest wahrscheinlicher ist als der von der Beschwerdeführerin verlangte Eintrag. Die Beschwerdeführerin wiederum hat nachzuweisen, dass die von ihr ver- langte Änderung ([...]) richtig beziehungsweise zumindest wahrscheinli- cher ist als das derzeit im ZEMIS erfasste Geburtsdatum. Gelingt keiner Partei der sichere Nachweis, ist dasjenige Datum im ZEMIS zu belassen oder einzutragen, dessen Richtigkeit wahrscheinlicher ist (vgl. BVerGE 2018 VI/3 E. 3.5 m.w.H. und E. 4.2.3).

### **E. 3.6**

Die für die Berichtigung des Geburtsdatums im ZEMIS geltenden Beweisregeln gemäss DSG sind von jenen des Asylverfahrens zu unterscheiden (vgl. BVGE 2018 VI/3 E. 4.2.3). Im letzteren Bereich, in dem es um die Frage der Minder- respektive Volljährigkeit einer gesuchstellenden Person und nicht um das genaue Geburtsdatum geht, gelten nach wie vor die von

D-6997/2023 Seite 7 der Schweizerischen Asylrekurskommission (ARK) – der Vorgängerorganisation der Asylabteilungen des Bundesverwaltungsgerichts – dargelegten Beweisregeln (vgl. Entscheidungen und Mitteilungen der Schweizerischen Asylrekurskommission [EMARK] 2004 Nr. 31 E. 5, 6.2 und 7.3; 2004 Nr. 30 E. 5–6; 2001 Nr. 23 E. 6c; 2000 Nr. 19 E. 8b).

#### **E. 4.1**

Das SEM führt in der angefochtenen Verfügung betreffend Alter der Beschwerdeführerin aus, ihre diesbezüglichen Angaben liessen sich mit jenen zur Schulbildung nicht vereinbaren. Wäre sie Ende (...) (...) Jahre alt gewesen, müsste sie zwischenzeitlich (zum Zeitpunkt der angefochtenen Verfügung; Anmerkung BVGer) ungefähr (...) Jahre alt sein. Auch gemäss ihrer Aussage, wonach das Schulende (...) Jahre und (...) Monate zurückliege, müsste sie nun deutlich älter sein als angegeben. Weiter habe sie bei der Erstbefragung erklärt, ihre getöteten Brüder L.\_\_\_\_\_ und M.\_\_\_\_\_ seien viel älter als sie gewesen, ihr Alter kenne sie aber nicht. Ihre Schwestern N.\_\_\_\_\_ und O.\_\_\_\_\_ seien ungefähr (...) beziehungsweise (...) -jährig. Ihre Brüder P.\_\_\_\_\_ und Q.\_\_\_\_\_ seien etwa (...) respektive (...) Jahre alt. Anlässlich der Anhörung habe sie im Widerspruch dazu angegeben, die chronologische Reihenfolge ihrer Geschwister sei wie folgt: Ihr Bruder Q.\_\_\_\_\_ sei das älteste Kind, dann kämen N.\_\_\_\_\_, O.\_\_\_\_\_, M.\_\_\_\_\_, P.\_\_\_\_\_ und sie als das jüngste Kind. Auf Vorhalt hin habe sie behauptet, die Dolmetscherin habe in der Erstbefragung falsch übersetzt und sie habe das Alter ihrer Geschwister nur geschätzt. Dem sei lediglich anzufügen, dass ihr ein Widerspruch nicht hinsichtlich des genauen Alters ihrer Geschwister, sondern hinsichtlich deren chronologische Reihenfolge vorgehalten worden sei. Sie habe ausserdem erklärt, ihr Heimatland am 15. Februar 2022 im Alter von (...) Jahren verlassen zu haben. Auf Nachfrage habe sie bestätigt, bereits (...) Jahre alt gewesen zu sein, was zum geltend gemachten Zeitpunkt der Ausreise gemäss dem angegebenen Geburtsdatum noch nicht ganz der Fall gewesen wäre. Ihre Aussagen im Rahmen der Erstbefragung seien teilweise vage und in mehreren Punkten widersprüchlich geblieben. Im Zusammenhang mit der Registrierung in C.\_\_\_\_\_ habe sie ausgeführt, sie wisse nicht, unter welchen Personalien sie dort registriert worden sei. Sie wisse nur, dass ihr die Fingerabdrücke abgenommen worden seien, aber nicht wie die Registrierung abgelaufen sei. Sie sei ja nicht einmal nach dem Namen gefragt worden. Es sei möglich, dass die Männer, die Geld für die Reise gesammelt hätten, für sie irgendeinen Namen aufgeschrieben hätten. Dass die Beschwerdeführerin – so das SEM – in C.\_\_\_\_\_ keinerlei Angaben zu ihren Personalien habe machen müssen, erscheine nicht

D-6997/2023 Seite 8 plausibel. Zudem sei nicht nachvollziehbar, weshalb ihr Name fast gleichlautend wie in der Schweiz, ihr Geburtsdatum/Alter hingegen abweichend erfasst worden sein sollte. Es sei davon auszugehen, dass die (...) Behörden bei der Erfassung von Personendaten korrekt vorgehen würden und die Beschwerdeführerin sich in C.\_\_\_\_\_ selber als erwachsene Person habe registrieren lassen. Im Weiteren zeige das Gutachten des J.\_\_\_\_\_ vom 22. August 2023, dass ein Mindestalter von (...) Jahren habe

festgestellt werden können und das von ihr angegebene Alter klar nicht zutreffen könne. Ausserdem sei das durchschnittliche Lebensalter auf (...) bis (...) Jahren festgelegt worden. Beim festgestellten Mindestalter handle es sich lediglich um das tiefst mögliche Alter, jedoch nicht um das wahrscheinlichste oder das tatsächliche Alter. Das Gutachten schliesse ein Alter von weniger als (...) Jahren zum Zeitpunkt der Untersuchung aus, lasse indes ein höheres Alter zu. Da keine Auswertung der Schlüsselbeine habe vorgenommen werden können, sei nicht klar, wie das Gutachten gemäss geltender Rechtsprechung zu werten sei. Unter Berücksichtigung ihrer Aussagen bei der Erstbefragung und der Anhörung sei es der Beschwerdeführerin nicht gelungen, das geltend gemachte Alter glaubhaft zu machen. Sie habe ihre Altersangaben auch nicht mit rechtsgenügenden Dokumenten zu belegen vermocht. Durch die Registrierung in C.\_\_\_\_\_ und ihre Aussagen zur Schulbildung würden Hinweise auf ihre Volljährigkeit vorliegen. Das Altersgutachten stelle zwar weder ein Indiz für ihre Volljährigkeit noch für ihre Minderjährigkeit dar, lasse aber eine Volljährigkeit zu, zumal auch ein durchschnittliches Alter von (...) bis (...) Jahren angegeben werde. Insgesamt sei davon auszugehen, dass die Beschwerdeführerin zum Zeitpunkt ihres Asylgesuchs in der Schweiz bereits volljährig gewesen sei, womit es ihr nicht gelungen sei, das behauptete Geburtsdatum glaubhaft zu machen. Die Stellungnahme zum rechtlichen Gehör in Bezug auf die vom SEM beabsichtigte Anpassung des Geburtsdatums im ZEMIS auf den (...) habe die Zweifel an der Richtigkeit des angegebenen Alters respektive Geburtsdatums nicht beseitigen können.

#### **E. 4.2**

In der Beschwerde wird entgegnet, die Beschwerdeführerin habe auf die Frage zum Alter mehrmals dieselbe Antwort gegeben, nämlich dass sie das Alter ihrer Geschwister nicht kenne. Erst als man ihr die gleiche Frage zum dritten Mal gestellt habe, habe sie eine ungefähre Schätzung deren Alters gemacht (vgl. SEM-act. 16/10, Ziff. 3.01). Diesbezüglich sei darauf hinzuweisen, dass in islamischen Ländern wie Somalia die Geburtstage nicht gefeiert würden. Die Tatsache, dass sie das Alter ihrer Geschwister nicht genau kenne, sei daher sehr gut nachvollziehbar. Es sei auch nicht ersichtlich, inwiefern das angeblich widersprüchlich angegebene Alter der

D-6997/2023 Seite 9 Geschwister dafürsprechen sollte, dass sie (...) Jahre alt sei. Mangels Bildung erstaune es nicht, dass sie die im Zusammenhang mit dem Alter gestellten «Mathematikaufgaben» nicht habe lösen können. So habe sie zwar fälschlicherweise angegeben, sie habe im Jahr (...) die Schule beendet und sei damals (...) Jahre alt gewesen. Sie habe aber auch gesagt, dass seit dem letzten Schultag im Jahr (...) bis zum Zeitpunkt der Erstbefragung – also am 11. August 2023 – lediglich (...) Jahre und (...) Monate vergangen seien. Weiter habe sie ausgeführt, dass seit dem letzten Schultag und der Ausreise aus Somalia im Jahr 2022 lediglich (...) vergangen sei (vgl. SEM-act. 16/10, Ziff. 1.17.04). Sie sei mit der Angabe von Daten schlichtweg überfordert. Aus dem ambulanten Bericht der K.\_\_\_\_\_ vom 7. Dezember 2023 gehe hervor, dass bei ihr testdiagnostisch kognitiv ein homogenes Profil im Leistungsbereich einer Lernbehinderung gegeben sei, weshalb eine kognitive und vermutlich auch emotionale Entwicklungsverzögerung vorliege (S. 2 des Berichts). Gemäss dem Bericht habe sie eine kindliche Art, sodass bei einer Hochstufung des Alters auf (...) Jahre auf ihrem Entwicklungsalter entsprechende Bedürfnisse nicht adäquat eingegangen werden könne. Es gebe aus psychologischer Sicht keine Hinweise, welche die Einschätzung des Alters bei (...) Jahren bestätigen würden. Bei

der Registrierung in C.\_\_\_\_\_ habe die Beschwerdeführerin ihren Namen und ihr Geburtsdatum nicht selber erfasst, sondern diese seien vielmehr von mitreisenden Somaliern falsch niedergeschrieben worden (vgl. SEM-act. 16/10, Ziff. 2.06). Das in C.\_\_\_\_\_ registrierte Geburtsdatum widerspreche zwar dem in der Schweiz angegebenen, aber auch der Einschätzung des SEM, welches eine Anpassung auf den (...) vornehme und die Beschwerdeführerin als volljährig erachte. Das SEM prüfe, ob die Minderjährigkeit glaubhaft gemacht sei oder nicht, beim ZEMIS-Eintrag gelte es aber vielmehr abzuklären, ob das bisher eingetragene Datum wahrscheinlicher sei oder nicht (BVGE D-1413/2022 vom 13. Mai 2022). Die Beschwerdeführerin habe bis jetzt keinen Kontakt zu ihrer Mutter oder Schwester im Heimatland herstellen können. Auf der Flucht habe sie vom Tod ihres Vaters und ihrer Brüder erfahren. Seither gebe es gar keinen Kontakt mehr zu ihren Verwandten (vgl. SEM-act. 16/10, Ziff. 3.01; vgl. SEM-act. 28/16, F/A 5 f.). Es bestünden somit nachvollziehbare Gründe, weshalb sie keine Identitätspapiere zum Nachweis ihres Geburtsdatums habe vorlegen können. Weiter stehe das in der medizinischen Altersschätzung angegebene Mindestalter von (...) Jahren nicht im Widerspruch zu der geltend gemachten Minderjährigkeit, wovon im Übrigen auch der Bericht der K.\_\_\_\_\_ eindeutig ausgehe. Die Beschwerdeführerin habe sowohl bei der Einreise in die Schweiz als auch bei der Erstbefragung und der Anhörung zu den Asylgründen stets angegeben, (...) Jahre alt zu sein. Bei dem in

D-6997/2023 Seite 10 C.\_\_\_\_\_ erfassten Geburtsdatum handle es sich um eine Falschangabe von mitreisenden Asylbewerbern. Dass die Angaben zu ihrem Alter und demjenigen ihrer Geschwister gemäss dem SEM unplausibel seien, sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass dem Alter und dem Geburtsdatum in ihrer Heimat keine grosse Bedeutung beigemessen werde. Zwar gebe es hinsichtlich ihrer Ausführungen zum Alter tatsächlich einige Ungeheimheiten. Diese seien aber klarerweise auf ihre fehlende Bildung sowie ihre Entwicklungsverzögerung zurückzuführen. Ausserdem weiche die Differenz des möglichen Knochenalters weniger als (...) Jahre vom geltend gemachten Alter ab, was ebenfalls zu ihren Gunsten ausgelegt werden müsse. Schliesslich sei der Bericht der K.\_\_\_\_\_ als starkes Indiz für ihre Minderjährigkeit zu werten. Die für das von ihr geltend gemachte Geburtsdatum sprechenden Indizien würden insgesamt überwiegen.

#### **E. 4.3**

In seiner Vernehmlassung führt das SEM hinsichtlich der Altersanpassung im ZEMIS unter Bezugnahme auf den ambulanten Bericht der K.\_\_\_\_\_ vom 7. Dezember 2023 aus, dass kindliches Verhalten und eine kognitive und emotionale Entwicklungsverzögerung nicht im Widerspruch zu einer Volljährigkeit stünden. Der Bericht lasse zudem offen, welche Hinweise vorliegen müssten, um aus psychologischer Sicht auf Volljährigkeit schliessen zu können. Er sei daher zum Beleg einer Minderjährigkeit nicht geeignet.

#### **E. 4.4**

Die Beschwerdeführerin hält dem replikweise entgegen, im Bericht vom 7. Dezember 2023 würden eindeutige für ihre Minderjährigkeit sprechende Indizien genannt. So habe sie kindliche Bedürfnisse, worauf mit einer Hochstufung des Alters nicht adäquat eingegangen werden könne. Sie sei in verschiedenen Bereichen extrem überfordert und auf Unterstützung angewiesen. Es gebe aus psychologischer Sicht keine Hinweise, welche die Einschätzung des Alters bei (...) Jahren bestätigen würden. Auf Nachfrage ihrer Rechtsvertreterin habe ihre Psychologin ergänzende Ausführungen zum Bericht vom 7.

Dezember 2024 (recte: 2023) gemacht. Mit dem Verhalten, welches klar gegen die Volljährigkeit spreche, sei beispielsweise gemeint, dass sie extreme Schwierigkeiten habe, sich alleine in den Erwachsenenstrukturen zurechtzufinden. Sie habe Mühe, zu Erwachsenen eine Verbindung herzustellen und fühle sich in der Unterkunft nicht richtig zugehörig. Weiter könne der Hungerstreik nach der erfolgten Altersanpassung als sehr typisch für das Jugendalter eingeordnet werden. Es sei für sie kaum möglich, die Hochstufung des Alters psychisch zu verarbeiten. Jemand, der sein Alter bewusst verheimliche, würde nicht mit einem solchen Denk- und Verhaltensmuster reagieren. Zudem liege bei ihr eine

D-6997/2023 Seite 11 Entwicklungsgefährdung und nicht – wie vom SEM behauptet – eine Entwicklungsverzögerung vor. Die Testergebnisse des kognitiven Potenzials seien unter anderem darauf zurückzuführen, dass sie mit den Aufgaben des logischen Denkens nicht vertraut sei. Die Einschätzung der Psychologin stütze sich auf durchgeführte Tests und Verhaltensmuster, welche aus psychologischer Sicht klar gegen eine Volljährigkeit sprechen würden.

### **E. 5.1**

Zunächst ist festzustellen, dass die Beschwerdeführerin trotz ihrer Mitwirkungspflicht (Art. 8 Abs. 1 AsylG) weder bei der Vorinstanz noch auf Beschwerdebene rechtsgenügende Identitätspapiere einreichte, mit denen sie ihr Geburtsdatum nachweisen könnte. Es darf davon ausgegangen werden, dass sie sich um die Beschaffung entsprechender Dokumente bemüht hätte, hätte sie die Behörden von ihrer Minderjährigkeit überzeugen wollen. Ihre Argumentation, sie habe keine Identitätspapiere vorlegen können, weil sie bis anhin keinen Kontakt zu ihrer Mutter oder Schwester im Heimatland herstellen können, und sie habe – seit sie auf der Flucht vom Tod ihres Vaters und ihrer Brüder erfahren habe – gar keinen Kontakt mehr zu ihren Angehörigen, vermag nicht zu überzeugen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass es ihr etwa mit der Unterstützung ihrer in der Schweiz lebenden Verwandten (Frau R. \_\_\_\_\_ [vgl. SEM-act. 16, Ziff. 3.02; SEM-act. 28 F116 ff.]) gelungen wäre, die Angehörigen zu kontaktieren und sich entsprechende Dokumente zu besorgen. Allerdings lassen sich den Akten nicht einmal entsprechende Bemühungen seitens der Beschwerdeführerin entnehmen.

### **E. 5.2**

Was den konkreten Beweiswert des Gutachtens betrifft, ist festzuhalten, dass sich das darin angegebene Mindestalter auf die Handknochenaltersanalyse stützt, welche gemäss BVGE 2018 VI/3 E. 4.2.1 keine verlässliche Aussage darüber zulässt, ob eine Person das 18. Lebensjahr überschritten hat. Die zahnärztliche Untersuchung ergab kein Mindestalter, jedoch ein Durchschnittsalter von (...) bis (...) Jahren. Bei diesem Ergebnis lässt sich gestützt auf das Altersgutachten keine zuverlässige Aussage zur Minder- oder Volljährigkeit machen. Dementsprechend kommt einer Gesamtwürdigung der Beweislage respektive – nachdem keine Beweismittel hinsichtlich des Alters vorgelegt wurden – den Aussagen der Beschwerdeführerin besonderes Gewicht zu (vgl. etwa Urteil E-2068/2024 und E-2050/2024 vom 12. Juli 2024 E. 5).

### **E. 5.3**

Die Beschwerdeführerin fiel im vorinstanzlichen Verfahren wiederholt durch ungereimte Ausführungen auf. So erklärte sie etwa bei der EB UMA

D-6997/2023 Seite 12 vom 11. August 2023 zuerst, sie sei (...) Jahre alt (vgl. SEM-act. 16, Ziff. 1.06), während sie an anderer Stelle angab, sie sei bei der Ausreise am 15. Februar 2022 (...) -jährig gewesen und sie wisse, dass sie (...) Jahre alt sei (vgl. a.a.O., Ziff. 5.01, Ziff. 8.01), was nicht miteinander zu vereinbaren ist. Im Weiteren lassen sich ihre Aussagen, wonach der Unterricht gegen Ende (...) aufgehört habe, als sie (...) Jahre alt gewesen sei, und vom letzten Unterrichtstag bis zum Zeitpunkt der EB UMA ungefähr (...) Jahre und (...) Monate vergangen seien, nicht in Einklang bringen. Wäre sie Ende (...) (...) Jahre alt gewesen, müsste sie bei der Asylgesuchstellung bereits etwa (...) Jahre alt gewesen sein. Wären vom letzten Unterrichtstag bis zum Zeitpunkt der EB UMA ungefähr (...) Jahre und (...) Monate verstrichen, würde der letzte Unterrichtstag auf das Jahr (...) fallen, was wiederum bedeuten würde, dass die gemäss ihren Angaben bei Unterrichtsende (...) -jährige Beschwerdeführerin bei der Einreichung des Asylgesuchs (...) Jahre alt gewesen sein müsste, was nicht mit dem dann zumal geltend gemachten Alter von (...) Jahren und (...) Monaten übereinstimmt. Die Beschwerdeführerin hat sich ferner auch hinsichtlich der chronologischen Reihenfolge ihrer Geschwister widersprochen. So gab sie bei der EB UMA an, Schwester N. \_\_\_\_\_ sei ca. (...) -jährig, Schwester O. \_\_\_\_\_ ca. (...) -jährig und ihre Brüder P. \_\_\_\_\_ und Q. \_\_\_\_\_ seien ca. (...) Jahre beziehungsweise ca. (...) Jahre alt (vgl. SEM-act. 16, Ziff. 3.01). Bei der Anhörung gab sie demgegenüber als chronologische Reihenfolge an, Q. \_\_\_\_\_ sei das älteste der Geschwister, dann kämen L. \_\_\_\_\_, N. \_\_\_\_\_, O. \_\_\_\_\_, M. \_\_\_\_\_ und P. \_\_\_\_\_; sie sei das jüngste Kind (vgl. SEM-act. 28, F17/18). Im Gegensatz hierzu bezeichnete sie im weiteren Verlauf der Anhörung auf entsprechende Frage hin ihre Brüder L. \_\_\_\_\_ und M. \_\_\_\_\_ als ihre zwei ältesten Geschwister (vgl. a.a.O., F37). Ihre Erklärung, die Dolmetscherin habe bei der ersten Befragung falsch übersetzt (vgl. a.a.O., F111), erweist sich als unbehelfliche Schutzbehauptung, zumal sie die Richtigkeit des Protokolls mit ihrer Unterschrift bestätigte (vgl. SEM-act. 16, S. 10). Auch die Argumentation in der Beschwerde, wonach es ihr an Bildung fehle, sie mit der Angabe von Daten überfordert sei und dem Alter/Geburtsdatum in ihrer Heimat keine grosse Bedeutung beigemessen werde, vermag nicht zu überzeugen, sind doch von einer Person wie ihr, welche angab, vom (...) bis zum (...) Lebensjahr unterrichtet worden zu sein (vgl. SEM-act. 16, Ziff. 1.17.04), detailliertere Angaben zu erwarten. Insgesamt sind die Ausführungen der Beschwerdeführerin nicht geeignet, das Gericht von der Richtigkeit des von ihr geltend gemachten Geburtsdatums zu überzeugen. Es entsteht vielmehr der Eindruck, dass sie ihr wahres Alter zu verschleiern versucht. Vor diesem Hintergrund ergibt sich auch daraus, dass die behandelnde

D-6997/2023 Seite 13 Psychologin von ihrer Minderjährigkeit ausgeht (vgl. Bericht der K. \_\_\_\_\_ vom 7. Dezember 2023 und die mit der Replik eingereichten ergänzenden Erläuterungen zu diesem Bericht), nichts zu ihren Gunsten.

#### **E. 5.4**

Auch aus den in C. \_\_\_\_\_ erfassten Personalien vermag die Beschwerdeführerin ebenfalls nichts zu ihren Gunsten abzuleiten. Einerseits weist das SEM zu Recht darauf hin, es erscheine nicht plausibel, dass die Beschwerdeführerin in C. \_\_\_\_\_ keinerlei Angaben zu ihren Personalien machen musste und stattdessen mitreisende somalische Männer – wie von der Beschwerdeführerin vermutet – für sie irgendetwas angegeben haben sollen (vgl. SEM-act. 16, Ziff. 2.06, S. 5/6). Andererseits lässt sich – auch bei Annahme einer grundsätzlich korrekten Erfassung der Personendaten durch die (...) Behörden – nicht

gänzlich ausschliessen, dass vorliegend das Geburtsjahr in C. \_\_\_\_\_ falsch registriert wurde. Die Registrierung in C. \_\_\_\_\_ ist demzufolge weder als Indiz für das vom SEM eingetragene Geburtsdatum noch für das von der Beschwerdeführerin behauptete Alter zu werten. Aus dem in der Beschwerde zitierten Urteil des Bundesverwaltungsgerichts D-1413/2022 vom 13. Mai 2022 kann die Beschwerdeführerin im Übrigen nichts für sich ableiten, zumal jenes Verfahren mit dem vorliegenden nicht vergleichbar ist. So wertete das Gericht in jenem Urteil die stets übereinstimmenden Angaben des Beschwerdeführers als starkes Indiz für die Glaubhaftigkeit seiner Altersangaben, erachtete die Aussagen, welche auf verschiedenen Ebenen zu den Altersangaben Bezug nahmen, als sehr komplex und konsistent und räumte namentlich dem Umstand, dass der Beschwerdeführer im Asylverfahren in (...) dasselbe Geburtsdatum angab wie in der Schweiz, besonderes Gewicht ein (vgl. a.a.O., E. 6.4, E. 6.6 und E. 6.7).

#### **E. 6**

Zusammenfassend ergibt sich, dass weder die Richtigkeit des im ZEMIS eingetragenen noch diejenige des geltend gemachten Geburtsdatums bewiesen sind. Das exakte Geburtsdatum der Beschwerdeführerin lässt sich nicht ermitteln. Aufgrund der vorstehenden Erwägungen erachtet das Gericht jedoch die Volljährigkeit der Beschwerdeführerin deutlich wahrscheinlicher als die behauptete Minderjährigkeit womit das im ZEMIS eingetragene Geburtsdatum ([...]) wahrscheinlicher erscheint als das von der Beschwerdeführerin behauptete und deshalb unverändert zu belassen ist, auch wenn es sich dabei um einen fiktiven Geburtstag der Beschwerdeführerin handelt, welcher mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht richtig ist. Dies lässt sich in Fällen, bei denen das Geburtsdatum unbekannt ist und stattdessen praxisgemäss der 1. Januar als fiktiver Geburtstag erfasst wird,

D-6997/2023 Seite 14 nicht vermeiden. Der bestehende ZEMIS-Eintrag ist weiterhin mit einem Bestreitungsvermerk zu versehen.

#### **E. 7**

Nach dem Gesagten ist festzustellen, dass die angefochtene Verfügung Bundesrecht nicht verletzt und auch sonst nicht zu beanstanden ist (Art. 49 VwVG). Die Beschwerde ist abzuweisen.

#### **E. 8**

Bei diesem Ausgang des Verfahrens wären die Kosten der Beschwerdeführerin aufzuerlegen (Art. 63 Abs. 1 VwVG). Indessen wurde mit Zwischenverfügung vom 8. März 2024 das Gesuch um Gewährung der unentgeltlichen Prozessführung gutgeheissen. Den Akten ist keine wesentliche Veränderung der finanziellen Verhältnisse zu entnehmen, weshalb auf die Erhebung von Verfahrenskosten zu verzichten ist.

(Dispositiv nächste Seite)

D-6997/2023 Seite 15

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.